



## Antrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt, Alexander Muthmann** und **Fraktion (FDP)**

### **Stärkung der politischen Bildung an Bayerns Schulen I: Anpassung der Lehrpläne und Stundentafeln**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- sicherzustellen, dass für alle Schülerinnen und Schüler bis zum Ende der 9. Jahrgangsstufe in Bayern mindestens zwei Unterrichtsstunden in Sozialkunde bzw. Politik und Gesellschaft in der Stundentafel vorgesehen sind, um bereits frühzeitig ein Verständnis für politische Systeme, unsere freiheitlich-demokratische Grund- und Werteordnung, sowie Fähigkeiten zur eigenständigen Meinungsbildung und zum aufgeklärten Umgang mit Medieninformationen zu entwickeln.

Das Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung (ISB) ist zu beauftragen, hierfür realisierbare Konzepte zur Überarbeitung des Lehrplans und der Stundentafel zu entwickeln;

- daran anschließend landesweit Runde Tische mit den Schulfamilien der jeweiligen Schularten mit dem Ziel einzurichten, über die konkrete Umsetzung der vom ISB erarbeiteten Konzepte zu diskutieren;
- in den Planungen der neuen gymnasialen Oberstufe Sozialkunde bzw. Politik und Gesellschaft als eigenständiges Fach anzubieten, in dem auch die Abiturprüfung abgelegt werden kann;
- die Lehrpläne so zu gestalten, dass neben dem Fachunterricht genügend große zeitliche Spielräume entstehen, um politische Bildung tatsächlich als schulart- und fächerübergreifendes Bildungs- und Erziehungsziel umsetzen zu können. Die so entstehenden Freiräume sollen genutzt werden, um tagesaktuelle Geschehnisse behandeln zu können.

### **Begründung:**

Gemäß Art. 131 Abs. 3 der Bayerischen Verfassung sind Schüler „im Geiste der Demokratie“ zu erziehen. Vor diesem Hintergrund muss die Wertschätzung des Schulfachs politische Bildung mindestens so hoch sein wie für alle anderen Schulfächer. Dies ist derzeit keineswegs der Fall. Es ist nicht hinnehmbar, dass Schülerinnen und Schüler in Bayern Nachteile im Erwerb von politischer und partizipatorischer Kompetenz für die Demokratie haben.

Das Ranking „Politische Bildung 2018“ bescheinigt einen signifikanten Unterschied zwischen den Bundesländern. Bayern gehört erneut zu den Ländern, die unterdurchschnittlich abgeschlossen haben. Aus der Studie geht hervor, dass an bayerischen Gymnasien beispielsweise neunmal mehr Wochenstunden für Geschichte zur Verfügung stehen als für Sozialkunde und achtmal mehr Stunden für den Geografie- als für

den Politikunterricht. Die Vernachlässigung spiegelt sich ebenfalls in der Sekundarstufe I aller Schulformen wider, in der die durchschnittliche Stundentafelquote lediglich bei 0,8 Prozent in Bayern liegt, während der Bundesdurchschnitt auf 2,2 Prozent und Schleswig-Holstein sogar auf 3,9 Prozent kommen. Die Verfasser der Studie kommen zu dem Schluss, dass „von einer bundesweiten Gleichwertigkeit des Rechts von Kindern und Jugendlichen auf politische Bildung in der Schule keine Rede sein kann.“

Wenn das schulart- und fächerübergreifende Bildungs- und Erziehungsziel politische Bildung ernsthaft umgesetzt werden soll, müssen die zentralen Fächer Sozialkunde bzw. Politik und Gesellschaft nominal gesteigert und aufgewertet werden. Das vom ISB umzusetzende Konzept soll dazu dienen, politische Bildung inhaltlich und personell in Bayerischen Schulen zu stärken und notwendige Freiräume im Lehrplan zu schaffen, um auf tagesaktuelle Ereignisse reagieren zu können.

Das Ziel muss es sein, Schülerinnen und Schüler möglichst früh zu mündigen Bürgern am politischen Leben zu erziehen und ihnen aufzuzeigen, wie sie aktiv die Gesellschaft gestalten können. Dies ist die wirkungsvollste Extremismusprävention. Neben den Inhalten und Werten unseres Grundgesetzes und unseres Systems der freiheitlich-demokratischen Grundordnung wird es immer wichtiger, jungen Menschen frühestmöglich den verantwortungsvollen Umgang mit neuen Medien und Fake News zu ermöglichen. Politische Bildung findet derzeit überwiegend in den Abschlussjahrgangstufen statt, in denen Schülerinnen und Schüler sich auf Abschlussprüfungen konzentrieren müssen. Junge Menschen sind nicht zuletzt durch Initiativen wie die „Fridays for Future“-Bewegung für politische Gestaltungswege sensibilisiert. Um ein solides Fundament der Demokratiebildung bereits im jungen Alter anbieten zu können, müssen alle Schülerinnen und Schüler idealerweise in allen Schulformen bis zur 9. Jahrgangsstufe mindestens zwei Wochenstunden Sozialkunde bzw. Politik und Gesellschaft erhalten.